Das rot-grün-rote Experiment: Bremen kohlefrei ab/ bis 2023?!

geschrieben von Admin | 23. Juni 2019

Klimaschutz soll nach dem Willen von SPD, Grünen und Linken in Bremen künftig eine zentrale Rolle spielen. So sollen die drei Kohlekraftwerke in Bremen (Farge (350 MW elekrt.), Hafen (490 MW elektr., 59 MW therm.) und Hastedt (267 MW elektr., 283 MW therm.)) im kleinsten Bundesland 2023 vom Netz genommen werden, sagte Grünen-Fraktionschefin Maike Schaefer am Freitag nach der dritten Verhandlungsrunde für ein rot-grün-rotes Regierungsbündnis. Zudem soll für Bremen eine sogenannte Klimanotlage ausgerufen werden. „Das bedeutet, dass wir in Zukunft bei allen politischen Entscheidungen immer den Aspekt Klimaschutz, Klimawandel berücksichtigen“, sagte Schaefer.

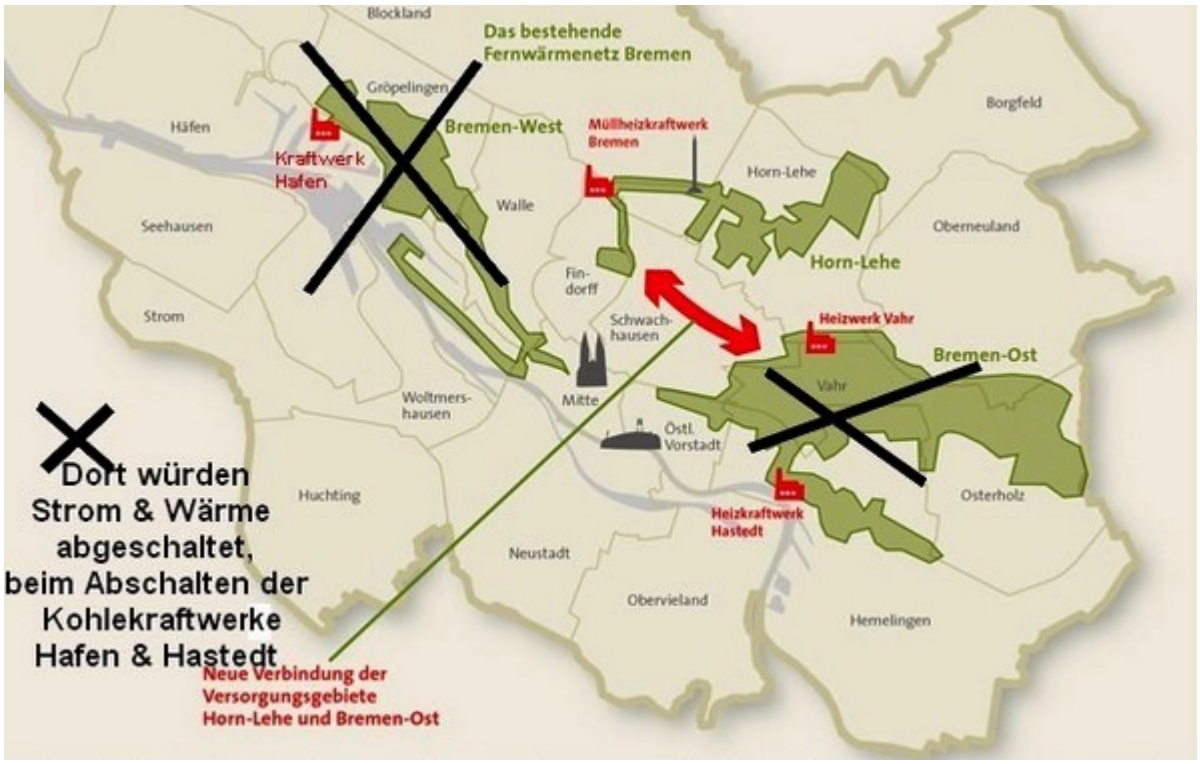
Erneuerbare Energien sollen künftig im Fokus stehen, Solar- und Windenergie ausgebaut werden. Bürgermeister Carsten Sieling (SPD) sprach von einem Paradigmenwechsel. Bei Bau und Sanierung von Gebäuden werde Klimaschutz künftig eine zentrale Rolle spielen. „Klimapolitik muss man auch wirtschaftspolitisch begreifen“, sagte die Linken-Fraktionschefin Kristina Vogt. Bremen müsse daher in Forschung und Entwicklung investieren.

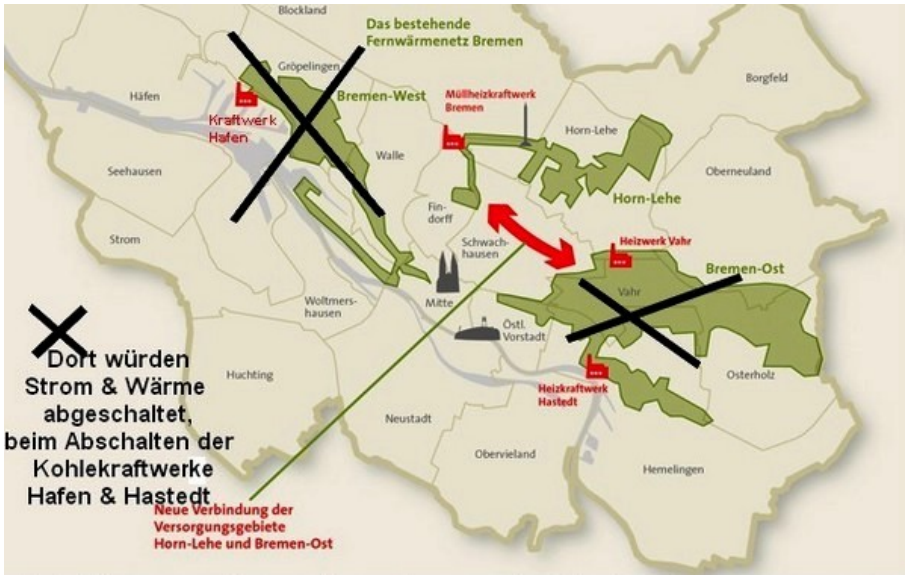
Bei der Bürgerschaftswahl am 26. Mai war die CDU erstmals seit mehr als 70 Jahren in Bremen stärkste Kraft geworden. Deren Spitzenkandidat Carsten Meyer-Heder strebte eine Jamaika-Koalition an, doch die Grünen entschieden sich letztlich für Verhandlungen über ein Linksbündnis.



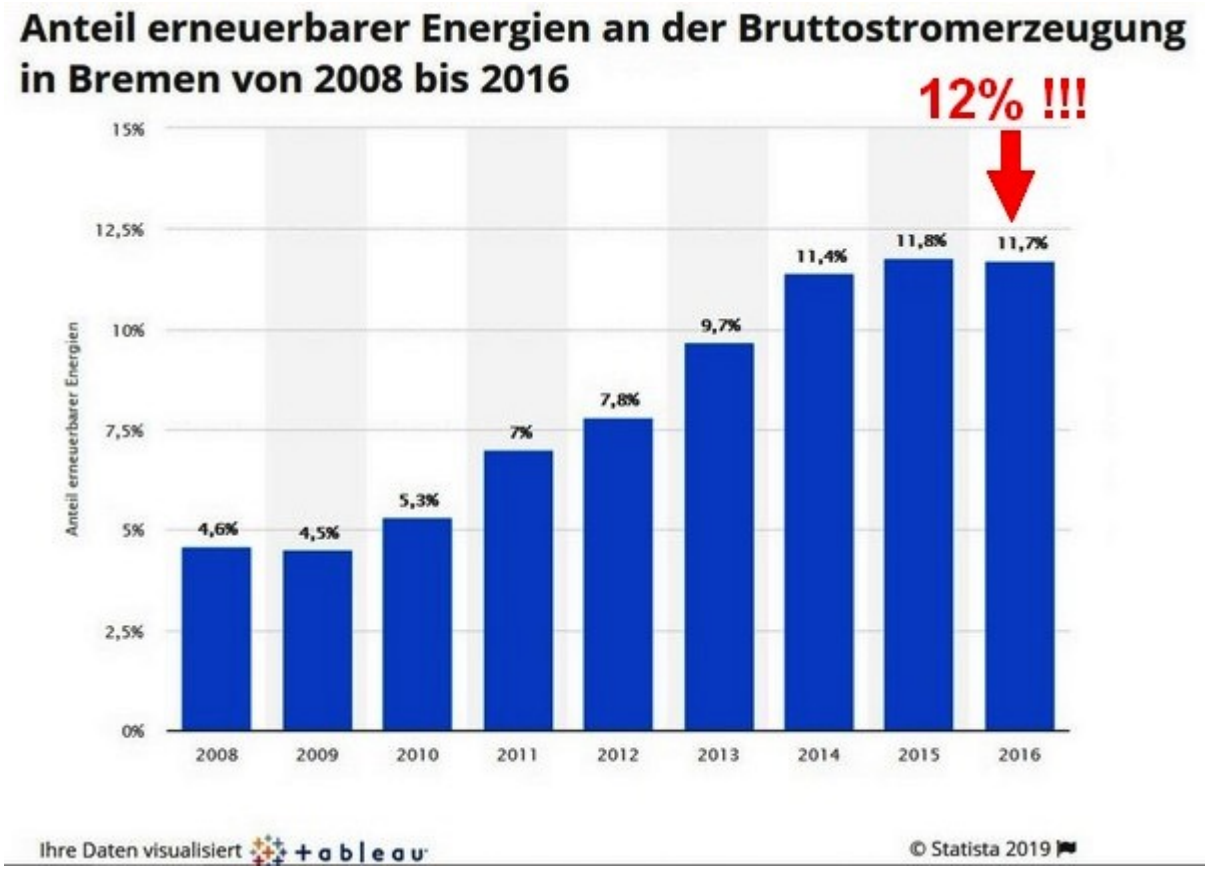
Die Wirtschaft bangt unterdessen um den Wirtschaftsstandort Bremen. Mit der Handelskammer hat jetzt eine der gewichtigsten Institutionen der Hansestadt einen Forderungskatalog an rot-grün-rot präsentiert. Wichtigste Erwartung der Handelskammer an die künftige Landesregierung ist ein Bekenntnis zum Leitbild der wachsenden Stadt, wie es im vergangenen Jahr von der Zukunftskommission des Bürgermeisters formuliert worden war. Wachstum, so die Kammer, sei „die Grundlage für zusätzliche Wirtschaftskraft, Arbeitsplätze und Steuereinnahmen“. Die Unternehmen im Land Bremen müssten deshalb auf verlässliche Rahmenbedingungen zählen können.

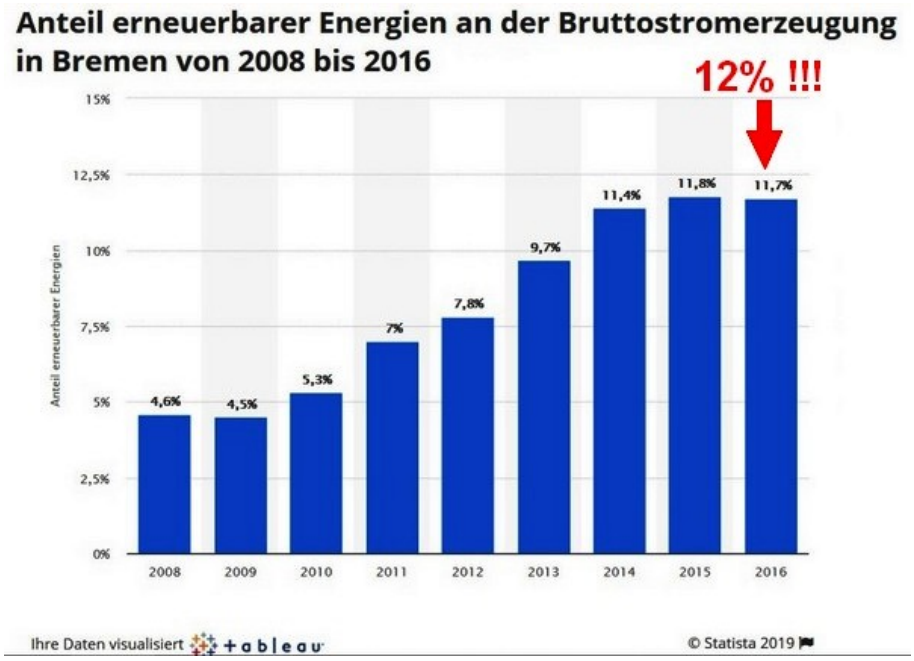
Das wird durch das Ausrufen der Klimanotlage in Bremen und die beabsichtigte Schließung der Kohlekraftwerke, Farge, Hafen und Hastedt ab/ bis 2023 mit zusammen 1.100 MW elektr. und 340 MW term. in Frage gestellt. Das Kraftwerk Hafen versorgt den Bremer Westen mit Strom und Fern-Wärme und das Kraftwerk Hafen den Bremen Osten mit Strom und Fern-Wärme. Hier das Versorgungsnetz.





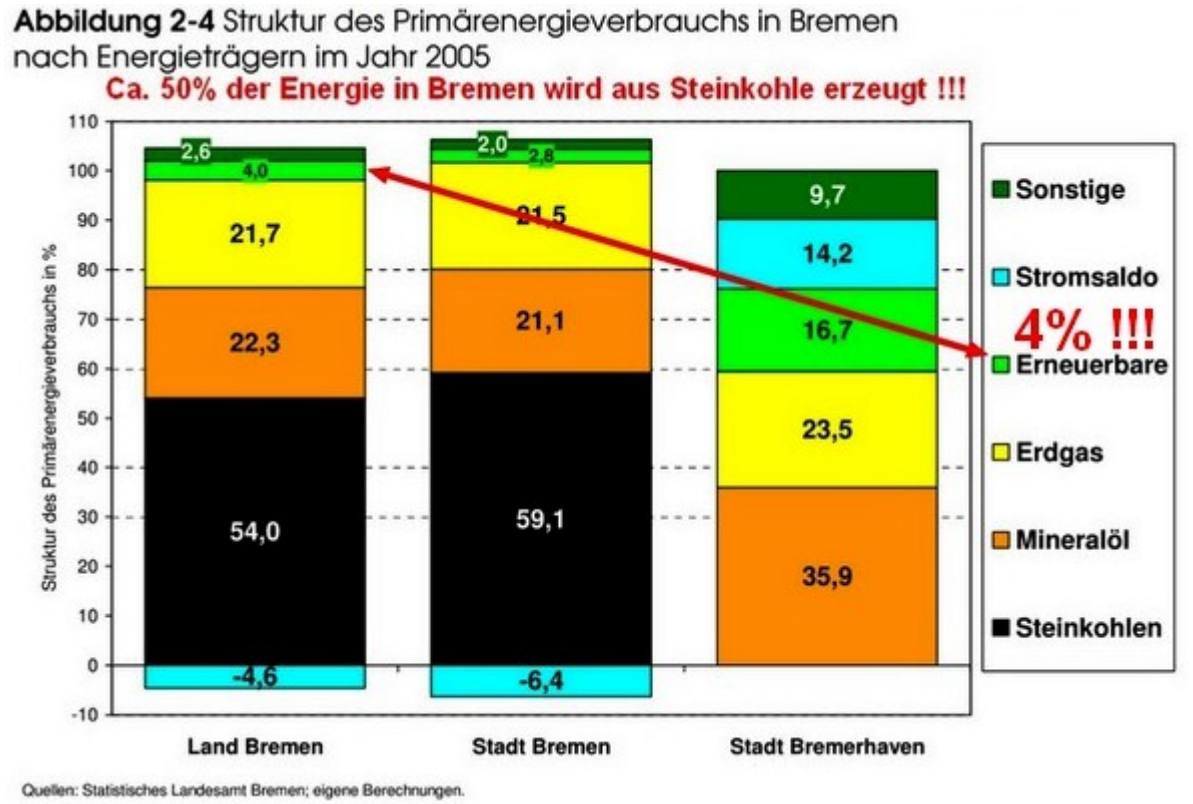
Werden die Kohlekraftwerke Hafen und Hastedt ab/ bis 2023 abgestellt, so fällt in Bremer Westen und im Bremer Osten ein Großteil der Strom- und Fern-Wärme-Versorgung weg. Denn Ersatz für die 750 MW elektr. und 340 MW therm., welche die beiden Kraftwerke zusammen liefern, gibt es bisher nicht, schon gar nicht aus sogenannten erneuerbaren Energien, wie Sonne und Wind. Der aktuelle Anteil aus erneuerbaren Energien an der Stromversorgung in Bremen beträgt gerade mal 12%. Im Bundesdurchschnitt sind es hingegen rund 40%.

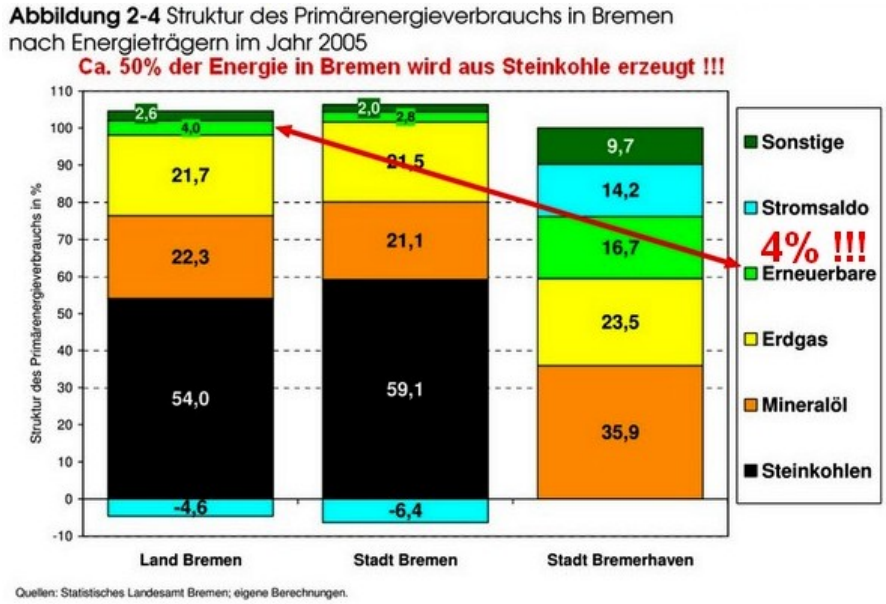




D.h. nur 12% des erzeugten Stroms in Bremen kommt aus erneuerbaren Energien, aber 88% kommen aus Kohle, Gas und Öl, etc.. Diesen Anteil bis 2023, also in den nächsten vier Jahren durch Strom aus Sonne und Wind zu ersetzen ist nicht zu möglich und reine Illusion.

Schaut man nicht nur auf den Strom, sondern auf den gesamten Energieverbrauch in Bremen mit Strom, Wärme, Verkehr, etc., so wird es noch absurder.





Nicht einmal 5% der Energieversorgung in Bremen stammt aus erneuerbaren Energien. Ca. 95% der Energieversorgung in Bremen stammt aus Kohle, Gas und Öl. Die Kohle stellt an der Energieversorgung Bremens dabei einen Anteil von über 50%.

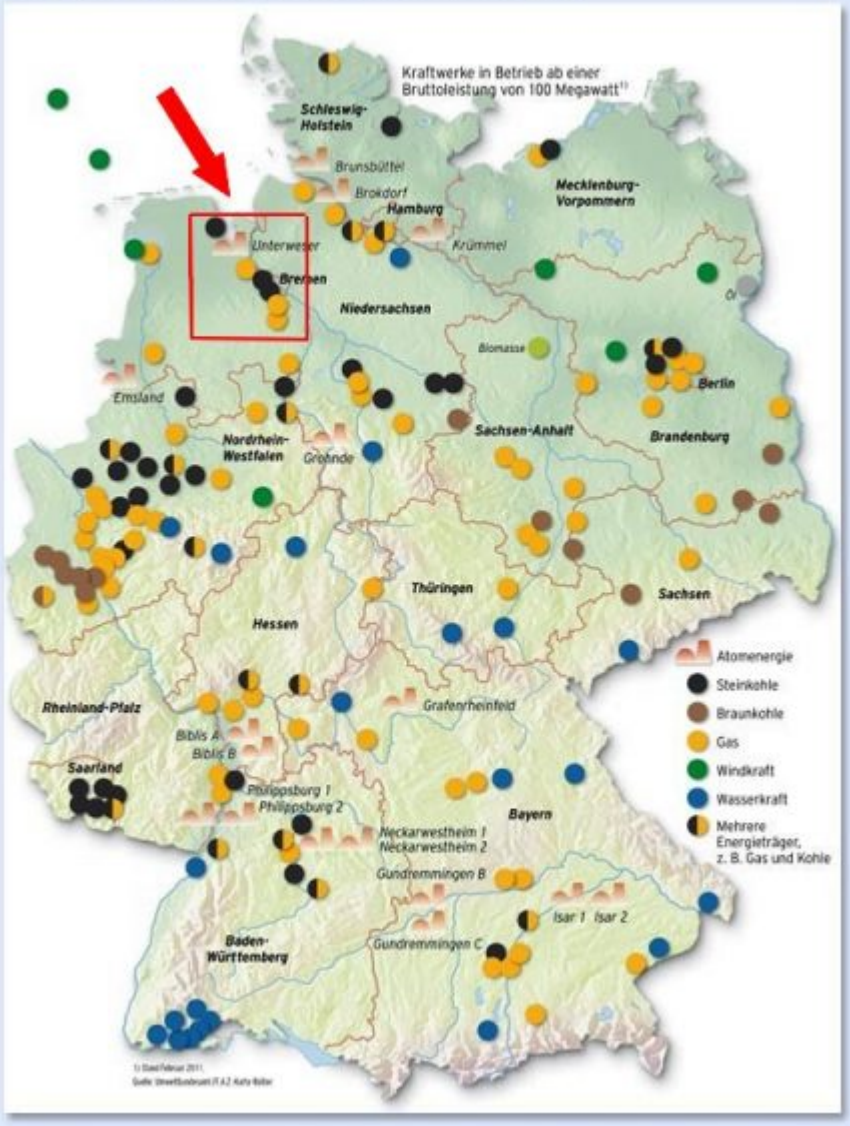
Diese Zahlen sind den Grünen und der Klimaschutzbewegung in Bremen bekannt, da ich die Zahlen und Fakten sowohl den Grünen (wie auch anderen Parteien) und den Organisatoren von Fridays for Future Bremen per Mail und über Facebook mitgeteilt habe. Auf meine Frage, wie man die Kohle in Bremen bis 2025, bzw. neuerdings sogar bis 2023 ersetzen möchte habe ich von keinen der Beteiligten, trotz mehrfacher Nachfrage bisher eine Antwort erhalten. Ein Konzept für das Vorhaben Kohleausstieg in Bremen bis/ ab 2023 liegt dort schlichtweg nicht vor. Nur der unabdingbare Wille zum Kohleausstieg.

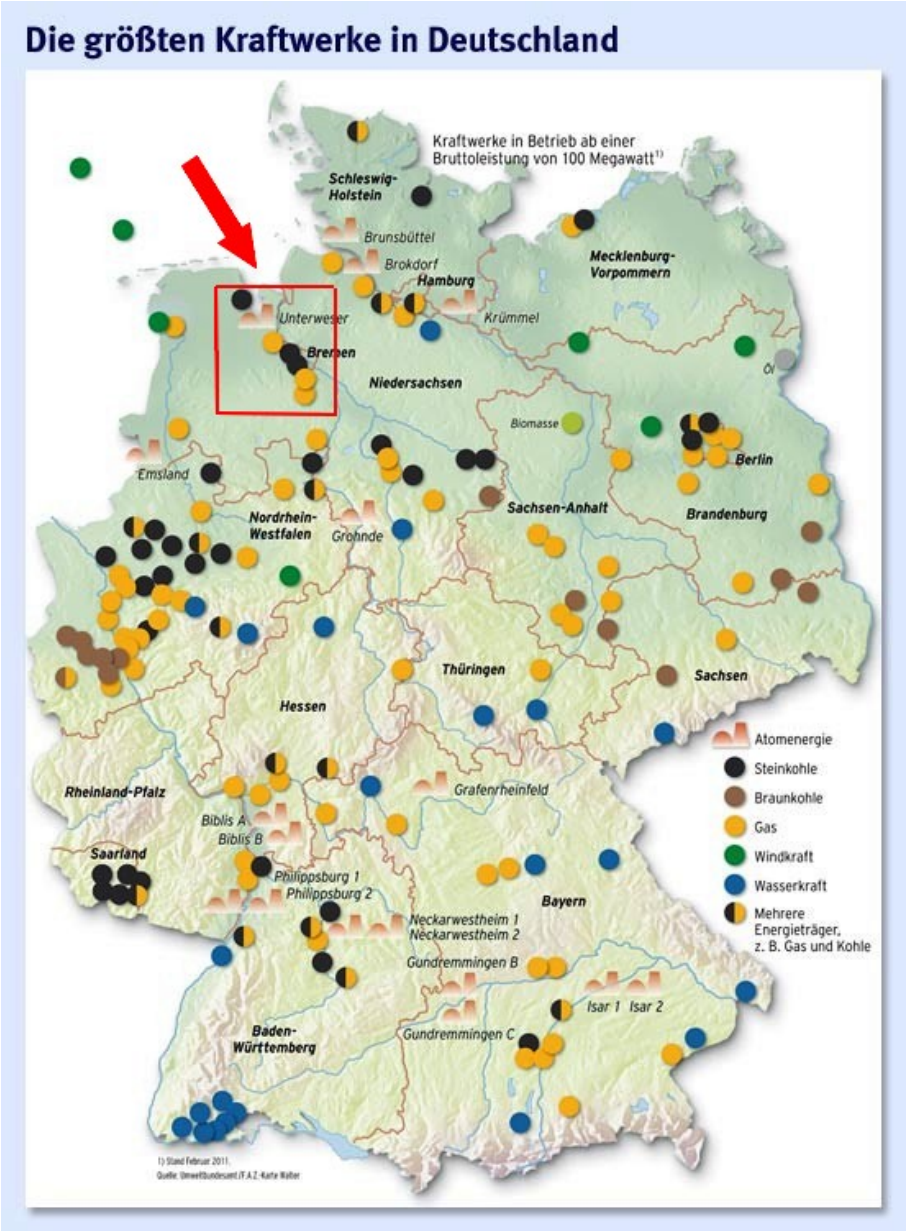
Die Perspektive

Mit dem Ausbau von erneuerbaren Energien kann Bremen (bei einen Anteil von derzeit von 12% am Strombedarf und 5% an Energiebedarf Bremens) bis 2023 schlichtweg nicht die Kohle ersetzen. Zumal die Flächen für den Ausbau im Stadtstaat Bremen fehlen und erst recht die notwendigen Speichermöglichkeiten. Ein solches Unterfangen würde zudem hunderte Millionen bis Milliarden Euro verschlingen, wobei die Kassen in Bremen jetzt schon leer sind und Bremen hoffnungslos verschuldet ist. Es mangelt an allen Ecken und Enden in Bremen, vor allem im sozialen Bereich.

Bleibt nur den Strom aus dem Umland, also Niedersachsen zu importieren. Dort sind aber Groß-Kraftwerke, die Groß-Städte wie Bremen versorgen können Mangelware. Hier eine Übersichtskarte von Kraftwerken mit mehr als 100 MW.

Die größten Kraftwerke in Deutschland





Ein weiteres Problem dabei ist, mit Strom aus Wind und Sonne aus Niedersachsen kann man eine Groß-Stadt wie Bremen mit einer halben Millionen Einwohner nicht versorgen. Zumal bei Flaute der Wind nicht weht und in der Nacht die Sonne nicht scheint und das Stromnetz und das Fern-Wärmenetz nicht für eine Versorgung Bremens aus dem Umland ausgelegt sind. Also geht auch das nicht.

Allen Widrigkeiten und Tatsachen zum Trotz wollen die Grünen in Bremen aber zusammen mit SPD und Linken bis/ ab 2023 die Kohlekraftwerke abschalten. Einen Plan dafür haben sie nicht, außer mehr Solardächer auf öffentlichen wie privaten Gebäuden sowie mehr Windräder, mehr gedämmte Gebäude und einen Ausbau des Fernwärmenetzes (ohne Kohle) und der LED-Beleuchtung der Straßen. Planlosigkeit zur Klimarettung in Aktion.

Treffen wird es nicht nur die Privathaushalte, sondern vor allen die Großkonzerne in Bremen, die viel CO2 ausstoßen und von der Kohlestromversorgung abhängen. Größte Arbeitgeber, CO2-Emmitenten und

Stromverbraucher in Bremen sind nach den Werftensterben (von AG-Weser und Bremer Vulkan) die Bremer Stahlwerke (mit rund 50% Anteil am CO2-Ausstoß von Bremen), Mercedes Benz und die Bremer Lagerhaus-Gesellschaft (BLG). Meine Prognose: Der Wirtschaftsstandort Bremen wird durch das Abschalten von Kohlekraftwerken nicht weiter bestehen können.

Der Bau von neuen Gaskraftwerken wird daran auch nichts ändern können. Nach erheblichen Startschwierigkeiten ist seit zwei Jahren das neue Bremer Gas- und Dampfturbinenkraftwerk (GUD) am Netz, doch rentabel ist es noch immer nicht und wird deshalb teils vom Netz genommen. Strom wird an den Strombörsen gehandelt. Strom aus Gas ist dort teuer. Daher haben erste Energieversorger ihre Gaskraftwerke bereits vom Netz genommen. Auch beim GUD wurde Anfang 2016, also bevor der Block überhaupt zum Laufen gebracht war, ins Spiel gebracht, das GUD gleich nach Betriebsstart in Teilen wieder stillzulegen. Ein Vorteil von Gaskraftwerken ist, dass sie Schwankungen im Netz etwa durch Sonnen- und Windenergie schnell ausgleichen können. Das GUD etwa kann innerhalb von etwa einer Viertelstunde von einer Teil- in die Volllast wechseln. Die Volllast des Bremer Blocks entspricht einer maximalen Leistung von 445 Megawatt. Solange Gaskraftwerke nicht wirtschaftlich arbeiten können wird es aber auch nichts mit neuen Gaskraftwerken, die die Kohlekraftwerke ersetzen könnten.

Unterdessen bauen die Grüne zusammen mit der SPD und den Linken in Bremen weiter Luftschlösser und versuchen mit homöopathischen Maßnahmen wie Solardächern und Windrädern und LED-Lampen Kohlekraftwerke zu ersetzen und von Bremen aus das Weltklima zu retten. Das dieses Unterfangen von vorn herein zum Scheitern verurteilt ist, fällt den Protagonisten dabei nicht einmal auf, selbst man man sie darauf hinweist. Der Kaiser ist nackt, er sieht es aber nicht.

Das Wettangebot

Wer dennoch meint, es wird gelingen bis/ ab 2023 bis 2025 alle drei Kohlekraftwerke in Bremen vom Netz zu nehmen, dem biete ich hiermit eine Wette an. Ich wette 1.000 € VB, dass dieses Unterfangen nicht gelingen wird. Sollte ich die Wette verlieren überweise ich 2025 den Betrag. Sollte(n) der/ (die) Wettgegner verlieren, so überweist er den Betrag 2025 an mich.

Der Beitrag erschien zuerst bei ScienceSceptical hier